

Antrag Nr. 19-F-01-0012

SPD

Betreff:

Kein Eingriff in die Selbstverwaltung der Kommunen - Ablehnung der sog. Heimatumlage des Landes Hessen aus kommunalen Kassen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2019 -

Antragstext:

Im Jahr 2020 läuft nach mehr als zweieinhalb Jahrzehnten die erhöhte Gewerbesteuerumlage der Kommunen zur Unterstützung der neuen Bundesländer und Finanzierung der Folgen der Wiedervereinigung aus. Dies bedeutet für die hessischen Kommunen die Verfügung über einen höheren Anteil an der Gewerbesteuer für eigene Zwecke. Der Hessische Städtetag geht von etwa 400 Mio. € pro Jahr aus.

Während in 15 Bundesländern die Kommunen direkt und vollumfänglich vom Auslaufen der bundesgesetzlichen Regelung profitieren, sieht eine Gesetzesinitiative der Schwarz-Grünen Koalition in Hessen mit dem Titel „Starke Heimat Hessen“ eine sog. Heimatumlage vor. Demnach sollen 300 Mio. € den Kommunen entzogen werden. Mit diesen Mitteln soll stattdessen der Kommunale Finanzausgleich mit 100 Mio. € aufgestockt und weitere 200 Mio. € für diverse Landesprogramme mit kommunalen Bezügen genutzt werden.

Der hessische Städtetag lehnt die Heimatumlage konsequent ab. Sie wird als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung betrachtet und konterkariert die Aussagen der Landesregierung bzgl. der Auskömmlichkeit des Kommunalen Finanzausgleichs Hessen und. Die Landeshauptstadt Wiesbaden müsste auf ca. 15 Mio. € aus der Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Heimatumlage verzichten. Auch nach Konkretisierung der höheren Zuweisungen aus dem aus dem Kommunalen Finanzausgleich und den spezifischen Landesprogrammen aus der Heimatumlage zeigt sich, dass Wiesbaden weniger Mittel zur Verfügung haben wird, als bei einem Verzicht auf die Heimatumlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die ablehnende Position des Hessischen Städtetages zur geplanten Heimatumlage.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Landesgesetzgeber und die hessische Landesregierung auf, die geplante Heimatumlage zu verwerfen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die vom Land Hessen für notwendig erachteten Projekte, zu denen die Heimatumlage als Finanzierungsgrundlage geschaffen werden soll, aus Landesmitteln finanziert werden.

Wiesbaden, 05.09.2019

Antrag Nr. 19-F-01-0012
SPD

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)